

Landkreis Ravensburg

den 27. Mai. 2020

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Kreisentwicklung
am 14.05.2020 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Roland Bürkle

Herr Alexander Geiger

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Clemens Moll

Herr Dr. Daniel Rapp

Herr Volker Restle

Herr Roland Sauter

Frau Sonja Wild

FWV

Herr Walter Braun

Frau Katja Liebmann

Herr Rainer Magenreuter

Herr Oliver Spieß

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Dr. Andreas Kolb

Frau Carmen Kremer

Herr Ozan Önder

Frau Liv Pfluger

Herr Tilman Schauwecker

SPD

Herr Rudolf Bindig

Herr Rainer Marquart

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

Herr Siegfried Scharpf

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.

Protokollführerin

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Franz Baur

Frau Iris Steger

Frau Tina Schädler

Frau Margit Sigg

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Dezernentin Kreisentwicklung, Wirtschaft und
ländlicher Raum

Amtsleitung Bürgerbüro zu TOP 4

Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept
zu TOP 3

Abwesend:

FWV

Herr Jochen Fischinger

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

3. 0030/2020
Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes in Ravensburg
4. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistags)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

5. 0074/2020
Oberschwabenklinik gGmbH - Beteiligung an der neu zu gründenden Personal-agentur "PiK (g)GmbH"

Mitteilungsvorlagen

6. 0053/2020
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke - Berichterstattung zur wirtschaftlichen Situation
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistags)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende erklärt, TOP 6 (nö) werde mit einer verbreiterten Vorlage auf die nächste Ausschusssitzung verschoben.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Es liegen keine Änderungswünsche zum Protokoll der letzten Sitzung vom 17.03.2020 vor.

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

3. 0030/2020

Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes in Ravensburg

Frau Sigg fasst die Kernpunkte der letzten Kreistagssitzung zusammen und berichtet über den aktuellen Stand, insbesondere den stattgefundenen Folgetermin mit der Stadt Ravensburg zum Thema Brandschutz. Bereits jetzt sei bezüglich des Kreishauses I offiziell „Gefahr im Verzug“, ein Duldungszeitraum von drei bis fünf Jahren zur Beseitigung statthaft. Wolle man auch nur vorübergehend in Kreishaus I bleiben, so müsse sofort mit der Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen begonnen werden. Die Alternative zu entsprechenden Maßnahmen im Innenbereich sei ein Außentrepenturm.

KR Restle dankt Frau Sigg für Ihre souveräne Arbeit in diesem Projekt über zwei Jahre und plädiert ebenfalls für die Ein-Standort-Variante. Er fragt, ob die in Pandemiezeiten gewonnenen Erkenntnisse zum Wandel der Arbeitswelt im Home Office und mit Videokonferenzen Berücksichtigung in der Raumplanung gefunden habe. Dies könne zu Flächeneinsparungen führen.

KR Önder bedankt sich ebenfalls bei Frau Sigg und begrüßt die geplante Zentralisierung. Er kritisiert jedoch die verzögerte Variante, da das Back Office dann nicht von

Anfang an am selben Standort sei. Auch er bittet darum, Home Office und Desk Sharing bei den Planungen zu berücksichtigen. Beim Schulbauprogramm wünscht er sich weitere Erläuterungen zu Synergieeffekten, den Parkplätzen sowie zum Begriff „Mobility Hub“, von dem jeder ein anderes Verständnis habe. Ein Instandhaltungstau solle künftig vermieden werden.

KR Bindig findet auch, das Projekt sei sorgfältig bearbeitet worden, zeigt sich jedoch ernüchert über die Berichterstattung in den Medien. Das Projekt sei für die Öffentlichkeit nach wie vor „verborgen“, die Hauptvarianten nicht dargestellt. Er habe ebenfalls noch keine konkrete Vorstellung vom „Mobility Hub“ und bittet die Verwaltung um Erklärung, warum die Kreishäuser I und II entgegen der damaligen Rechtsvorschriften nur mit der Feuerwiderstandsklasse F30 statt F90 gebaut worden seien. Im Hinblick auf andere Großprojekte mit enormen Kostensteigerungen erkundigt er sich nach der Verlässlichkeit der Finanzrechnungen. Für den Wettbewerb sei ihm eine ökologische Ausrichtung wichtig, beispielsweise in Energiefragen, bei der Dachbegrünung und der Wahl der Baumaterialien.

KR Bürkle hält das geplante Sicherheitskonzept für sehr personalintensiv und wünscht sich dazu eine nochmalige Beratung. Er plädiert außerdem für die verzögerte Variante, da diese unter Berücksichtigung der Abschreibungen betriebswirtschaftlich am günstigsten sei. Er weist darauf hin, dass zu den Kosten der Bruttogeschossfläche noch die Kosten für Parkierung und Grundstück hinzuzurechnen seien. Der sich daraus ergebende Gesamtbetrag pro Quadratmeter erscheine ihm hoch für ein Bürogebäude. Er bittet um Vergleichszahlen von bereits gebauten Verwaltungsgebäuden.

KR Önder erkundigt sich, bis wann die Kriterien für ökologisches Bauen festgelegt würden.

Herr Baur antwortet, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf neue Arbeitsformen seien bisher nur ansatzweise berücksichtigt. Wegen der geplanten modularen Bauweise habe man mit der Umsetzung diesbezüglich noch Zeit bis 2025. Man wolle sich nach Ende der Pandemie nochmals neu orientieren. Die Finanzrechnungen seien belastbar, Baupreissteigerungen eingerechnet. Kosten würden möglicherweise sogar noch sinken, da es zurzeit sogar für kleine Baustellen Bewerbungen mehrerer großer Firmen gebe.

Frau Sigg ergänzt, die Verwaltung habe sich Beispiele für moderne Arbeitswelten angeschaut. Die Bauteile B und C seien als Pilotprojekte geeignet. Das Thema werde noch kontrovers diskutiert, ein Vorschlag dazu erarbeitet. Bei dem Mobility Hub handele es sich um einen dem Stadtzentren vorgelagerten, auch von Weingarten gut zu erreichenden Umsteigepunkt, an dem unterschiedliche Fahrzeuge belassen und gewechselt werden könnten. Die Planungshoheit bis zur Auslobung des Wettbewerbs liege bei der Stadt Ravensburg. Zukunftsvisionen, auch für die Erschließung der Gebäude und Verkehre, könnten in den Wettbewerb eingebracht werden. Was das ökologische Bauen betreffe, so würden für den Neubau der Sporthalle in Wangen in Vorarlberg erarbeitete Standards zugrunde gelegt, die man im Rahmen der Hallenbesichtigung für gut befunden habe. Da man in Vorarlberg jedoch noch kein Projekt dieser Größenordnung vorweisen könne, wolle man einen Vorschlag für eine sinnvolle Anwendung auf das eigene Projekt in Ravensburg ausarbeiten. Bei der Feuerwiderstandsklasse habe zwar damals schon eine baurechtliche Anforderung für F90 bestanden, diese sei jedoch in der Umsetzung noch nicht so streng kontrolliert worden. Architektonische Gesichtspunkte hätten mehr im Vordergrund gestanden, dies sei an vielen Orten heute noch so zu finden. Bezug nehmend auf KR Bürkle antwortet sie, das Thema Sicherheitskonzept bewege viele Mitarbeiter im Landratsamt. In der Vergangenheit seien Räumlichkeiten bewusst offen und ohne Kontrollsysteme gebaut worden. In Corona-Zeiten müsse jedoch Distanz gewahrt sein, auch sei es zu Übergriffen gekommen. Eine Terminvereinbarung sei deshalb erforderlich, eine Informationsmöglichkeit am Eingang gegeben. Für die Zukunft sei geplant, vor jedem Amt einen Sachbearbeiter anzusiedeln, der die Besucher in Empfang nehme und gezielt vermittele. Im Ergebnis werde das Landratsamt nach der Umsetzung des vorgeschlagenen Konzepts ein Haus mit einem gesteuerten Besucherzugang sein.

KR Henle gibt zu bedenken, dass auf Grund von Gewerbesteuererbrüchen mit Mindereinnahmen über mehrere Jahre zu rechnen sei, die wiederum Zeitverzögerungen bei der Realisierung des Projekts zur Folge haben könnten. Er bittet darum, für diesen Fall ein „Worst-Case-Szenario“ zu erstellen.

KR Spieß erklärt, er stehe hinter dem Beschlussentwurf, plädiere jedoch für einen „Plan B“ im Hinblick auf die Corona-Krise, um im Notfall stoppen oder einen anderen, provisorischen Weg beschreiten zu können.

KRin Pfluger rät dazu, trotz vieler Unwägbarkeiten an den Planungen festzuhalten, bis Genaueres feststehe. Sonst drohten Lähmung und Ziellosigkeit. Auch Nichtstun

werde den Landkreis Geld kosten - bei den Kreishäusern I und II 117 Mio. Euro. Sie wünsche sich allerdings die Planung von „Ausfahrten“, damit die unsichere Situation nicht wie ein „Damoklesschwert“ über einem derart großen Projekt schwebe.

KR Dr. Rapp schließt sich KR Henle an. Eine Erhöhung der Kreisumlage zur Finanzierung des „riesigen“ Bauprogramms, das jetzt auf dem Tisch liege, sei für die Stadt Ravensburg ausgeschlossen, da sonst angesichts der enormen zu verkraftenden Einschnitte elementare Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden könnten. Er fragt, was man sich tatsächlich noch leisten könne und was unbedingt erforderlich sei. Es müsse eine „Home Office-Rendite“ geben. Kreishaus I müsse in jedem Fall aufgegeben und ein Ersatzbau errichtet werden mit dem Ziel, eine Konzentration am Standort Gartenstraße zu erreichen. Darüber hinaus solle auf Sicht gefahren werden. In den Jahren 2025 bis 2028 sollten mehr Erkenntnisse über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen und Vorstellungen über die Arbeitswelten gewonnen werden.

KR Gallasch fordert, die Planung müsse zwar weiter laufen, die Umsetzung jedoch in Schritten erfolgen. Die Finanzierungsstrategie sei vor der Corona-Krise entwickelt und besprochen worden. Nun würden sicher erheblich weniger Mittel zur Verfügung stehen als gedacht. Jeder weitere Schritt mache „Ausfahrten“ unmöglich. Bei der Ausschreibung des Wettbewerbs sei Wert auf größte Flexibilität zu legen. Spielräume und Mindestanforderungen seien zu prüfen und zu benennen.

KR Bürkle hält das Projekt für alternativlos. Die „Ausfahrt“ sei vorbei, wegen der Ergebnisse der Brandschutzprüfungen befinde man sich bereits im Notbetrieb. Er bittet jedoch darum, das Raumkonzept nochmals zu überprüfen, das in einer anderen Zeit entwickelt worden sei. Durch Desk-Sharing seien eventuell noch Einsparungen möglich. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen habe er in der Vergangenheit bereits für die verzögerte Variante geworben. Diese sei auch im Hinblick auf mehr Zeit für Erkenntnisgewinne und potenzielle „Ausfahrten“ förderlich. Zur Finanzierung solle man neben der Kreisumlage auch Einnahmen bei den kreiseigenen Beteiligungen im Blick haben, z.B. bei den OEW.

KR Henle stellt fest, bei der Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen gehe Menschenschutz vor Gebäudeschutz und regt an, die Reihenfolge nochmals mit Behörden und Gutachtern zu besprechen, um zeitliche Spielräume auszuloten.

KR S. Scharpf stimmt den Vorrednern zu und wünscht sich, den Ersatzbau für das Kreishaus I als „Leuchtturmprojekt“ für die Bürger in ökologischer Holzbauweise auszugestalten. Diese könne mit der Brandschutzklasse F180 höchstfeuerbeständig ausgeführt werden, sei gesund für die Mitarbeiter, energiesparend sowie langlebig und würde sich auch für den Schulneubau empfehlen. Er plädiert dafür, als Zeichen der Bescheidenheit Bauteil A nicht abzureißen, sondern umzubauen. In Modulbauweise könnten dann, je nach Finanzlage und erwiesenem Bedarf an Arbeitsplätzen, Bauteile ergänzt werden.

Herr Baur verdeutlicht, mit der heutigen Beschlussfassung werde nur die Richtung für die nächsten 20 Jahre vorgegeben, um die Planungen voranbringen zu können. Über das „Wie“ des Bauens würde in einem zweiten Schritt entschieden. Dies könne dann in den Wettbewerb eingebracht werden. An der Notwendigkeit der Baumaßnahmen selbst bestehe kein Zweifel. Dies gelte auch für das Schulbauprogramm, da die Baubsubstanz zum Teil abgewirtschaftet sei und gravierende Mängel im vorbeugenden Brandschutz bestünden. An den Schulen müssten zudem erhebliche Flächendefizite beseitigt werden. Diese Gründe bestünden unabhängig von der Corona-Situation fort. Die Zielplanung sei bereits modular aufgebaut und Spielräume nur sehr eingeschränkt vorhanden, sodass zielstrebig mit der Umsetzung begonnen werden müsse. Die erste „Ausfahrt“ werde erst im Jahr 2025 kommen, bis dahin müsse das Kreishaus I geräumt sein. Die Schaffung von Provisorien sei im Endeffekt sehr teuer, dies habe sich in der Flüchtlingskrise herausgestellt. Der bisherige gute Schuldenabbau biete eine gute „Absprungbasis“ für die Zukunft. Er werde prüfen, welche Mittelzuflüsse über die Beteiligungen noch generiert werden könnten und appelliert an alle Ausschussmitglieder, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

KR Henle befürchtet, das Steueraufkommen werde in den nächsten Jahren drastisch sinken. Bei gleicher Kreisumlage werde es zu 20 bis 30 % Einbußen für den Landkreis kommen. Die Realität könne nicht mit Optimismus „ausgehebelt“ werden.

KR Spieß befürwortet eine vorsichtige Fortsetzung der Planungen. Künftige Einflussmöglichkeiten auf den Prozess und die Qualität sollten jedoch geklärt werden.

Herr Baur informiert, für die Bauteile B und C sei die Vorplanung in Vorbereitung und werde im Juli in den Gremien vorgestellt. Erst nach Fassung eines Baubeschlusses gebe es kein Zurück mehr. Der Kreistag sitze aber immer mit „am Steuer“ und werde noch einige Entscheidungsvorlagen erhalten. Er kündigt eine intensive Zusammen-

arbeit mit dem Preisgericht an, über dessen Zusammensetzung in der Julisitzung entschieden werden solle. Der Wettbewerb müsse im Oktober starten, zuvor gebe es eine Vorberatung im Ausschuss.

KR Spieß stellt heraus, Entscheidungen müssten durch die Kreisräte und nicht durch die Verwaltung getroffen, Spielregeln eingehalten werden. Bei einem derart großen Investitionsvolumen sei eventuell nicht alles möglich oder nur zeitlich versetzt.

Herr Baur bietet an, gern nochmals einen Klausurtag zu organisieren, falls auch andere Kreisräte wünschten, mehr Zeit für dieses Thema aufzuwenden.

Der Vorsitzende weist auf die bisherigen guten Beratungsgänge und Klausurtag hin, in denen dieses Thema behandelt worden sei. Die Beschlussfassung im Kreistag stehe nun im Juni an. Damit liege man bereits etwas hinter dem Zeitplan, was im Hinblick auf den Diskussionsbedarf aber richtig sei. Die Projektgruppe habe die Dinge zwischen den einzelnen Beratungen immer weiter durchdacht und bearbeitet. Ein weiterer Klausurtag könne Sinne machen, müsse jedoch leistbar sein. Er verweist auf das komplexe und beratungsintensive Thema ÖPNV, für das möglicherweise insgesamt auch zwei Klausurtag notwendig seien. Die Entscheidungen zum Thema ÖPNV müssten dann für die Kreistagssitzung im November statt Oktober vorgesehen werden, falls noch ein zusätzlicher Klausurtag stattfinde. Im September stünden auch noch die Bürgermeister- und die OEW-Infofahrt an. Ein zweiter Klausurtag sei daher erst nach der Oktobersitzung des Kreistags realistisch.

KR Dr. Rapp begrüßt die zeitliche Entzerrung beim Thema ÖPNV. Er fordert die Verwaltung auf, Home Office mit mehr Mut bei den Planungen zu berücksichtigen. Diese familienfreundliche Arbeitsweise habe in der Behörde der Stadt Ravensburg großen Zuspruch gefunden, neue Arbeitswelten böten auch Einsparmöglichkeiten bei Flächen. Das Raumprogramm solle nochmals intensiv diskutiert werden.

Herr Baur versichert, das Thema Home Office sei ernst genommen und multifunktionale Räume vorgesehen worden. Da bei einigen Baukörpern noch keine Umsetzung anstehe, gebe es für weitere Überlegungen noch ausreichend Zeit. Im anstehenden städtebaulichen Wettbewerb gebe es nur für Bauteil A einen Realisierungsteil, der etwa 20 % des Volumens ausmache. Die restlichen 80 % befänden sich im Stadium der „Briefmarken-Planung“. Mitarbeiter seien bereits befragt und das Raumprogramm zweimal überarbeitet worden. Dieses werde nach Fertigstellung zweier Baukörper mit

den dabei gewonnenen Erkenntnissen fortgeschrieben. Zum jetzigen Zeitpunkt biete eine Umarbeitung keinen Mehrwert. „Gleichzeitigkeitsfaktoren“ bei Arbeitsprozessen müssten ebenso beachtet werden.

KR Geiger bemerkt, bei der Beschlussfassung könne es nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“ gehen. Bei rückläufigen Einnahmen aus Kreisumlage, Landeszuschüssen und Beteiligungen müsse ein Abgleich mit dem Investitionsvolumen erfolgen. Gegebenenfalls seien Einsparungen, Streckungen oder Kreditaufnahmen notwendig. Man brauche eine „ungefähre Hausnummer“ des Fehlbetrags.

KR Bürkle spricht sich dafür aus, die Zahlen aus den aktuell rückläufigen Steuerschätzungen in das Tabellenwerk einzuarbeiten. Er bittet darum, den Kreistag und die Verwaltung trotz der von vielen Seiten gebotenen Schnelligkeit in der aktuellen Situation nicht zu überfordern. Man könne nicht alles schaffen, was man sich Anfang des Jahres unter noch anderen Umständen vorgenommen habe. Beim Thema Brandschutz sei sicherlich Schnelligkeit geboten, das Thema ÖPNV könne vielleicht nochmals um ein halbes Jahr zurück gestellt werden.

KR Magenreuter vermisst bei den anstehenden Entscheidungen noch ein klares Signal an die Bürger, das die Berücksichtigung der sinkenden Steuerschätzungen widerspiegelt. Er kündigt die Formulierung eines Antrags, der einen diesbezüglichen vierten Punkt zum Beschlussentwurf enthält, für die nächste Kreistagssitzung an

KR Bindig erinnert daran, dass eine krisenhafte Situation kein guter Ratgeber sei. Sie beeinflusse die aktuellen Überlegungen zu stark, auch stehe die Kreisumlage zu sehr im Vordergrund. Man solle vielmehr alle fünf zur Verfügung stehenden „Stellschrauben“ berücksichtigen. Außer der Kreisumlage seien dies eine Verteilung des Finanzbedarfs auf mehrere Jahre, perspektivisch zu erwartende Konjunkturprogramme, eine vertretbare höhere Verschuldung sowie Erlöse aus kreiseigenen Unternehmen. Auch zeige die Erfahrung der Leistungskraft in den vergangenen Jahren, dass man Aussichten habe, in zwei bis drei Jahren wieder gut vorangehen zu können.

Herr Baur antwortet Herrn Geiger, die Haushaltsstrukturkommission habe genau diese Aufgabe übernommen: auf Einsparungen und geplante Investitionen geschaut sowie die Finanzsituation der nächsten Jahre abgebildet. Der anstehende Klausurtag am 18.06. biete eine wichtige Plattform, um über Schwerpunkte zu beraten und miteinander ein Ranking zu erstellen.

Beschlussentwurf:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg und Weingarten als Zielplanung die 1-Standort-Variante – wie in der Sitzungsunterlage unter „Weiteres Vorgehen“ dargestellt - weiter zu bearbeiten.
2. Mögliche Synergien aus dem Flächen- und Standortkonzept und dem Schulbauprogramm 2020-2040 sollen aufgezeigt und bewertet werden. Im Anschluss daran soll ein gemeinsamer städtebaulicher Wettbewerb für die 1-Standort-Variante in der Gartenstraße 107 und die Zielplanung des Schulbauprogramms 2020-2040 der beruflichen Schulen am Standort Ravensburg (vergleiche Vorlage 0009/2020) bis Dezember 2020 vorbereitet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorplanung für die Sanierung Kreishaus II, Bauteil B + C auszuarbeiten.

Beratungsergebnis: mehrheitlich empfohlen (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

4. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistags)**

KR Gallasch erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bei der Einführung der Altkennzeichen.

KR Buschle möchte wissen, wann die nördlichen Standorte wieder öffnen.

Frau Schädler informiert über die Aktivitäten des Bürgerbüros. Dieses sei durchgängig erreichbar gewesen - um das Distanzkonzept in Corona-Zeiten umsetzen zu können sogar im 2-Schicht-Betrieb und mit 50 Öffnungsstunden pro Woche. Dennoch hätten im April im Vergleich zum Vorjahr 6.070 Vorgänge bei der Bearbeitung gefehlt, da nur eine begrenzt Anzahl von Terminen habe vergeben werden können. Wartezeiten für Kunden seien unvermeidlich gewesen. Für Autohändler sei dies abgedeckt worden, zudem sei die Erledigung verschiedener Vorgänge postalisch möglich gewesen. Die Wiedereinführung der Altkennzeichen habe aus Kapazitätsgründen gestoppt werden müssen. Die Wiedereröffnung der Standorte Bad Waldsee und Leutkirch sei zum 01.06. geplant. Eine Terminvereinbarung sei weiterhin erforderlich.

KR Bürkle fragt, ob bei der Schließung der Standorte eine Nutzenabwägung stattgefunden habe. Einerseits sei der Wunsch nach Öffnung nachvollziehbar, da Kunden

zum Teil von weit her nach Ravensburg fahren müssten. Andererseits müsse auch die Sicherheit vor Ort gewährleistet sein. Am Standort Ravensburg wiederum fielen zusätzliche Kosten durch Sicherheitspersonal an.

KRin Wild gibt an, alles funktioniere tadellos in Ravensburg.

Der Vorsitzende bedauert den Anfall zusätzlicher Kosten für Sicherheitsdienst und Besucherlenkung. In offenen Gebäuden wie Kreishaus I und II sowie Wangen seien diese aktuell leider unvermeidbar. Die Ausgabe der Altkennzeichen werde so schnell wie möglich beginnen. Die Räumlichkeiten am Standort Wangen seien jedoch wahrscheinlich zu klein, um unter Wahrung der nötigen Distanz den zu erwartenden Andrang bewältigen und gleichzeitig den normalen Rückstand aufarbeiten zu können.

Frau Schädler ergänzt, eine Abwägung habe stattgefunden. Es sei wirtschaftlicher, die Standorte wieder zu öffnen und den Besucherverkehr damit zu entzerren. Auch für die Mitarbeiter sei dies zufriedenstellender, da der Schichtbetrieb in Ravensburg mit zusätzlichen Fahrten verbunden sei. Kunden würden durch zweimaliges Fahren zur Abwicklung eines Vorgangs Mehrkosten entstehen.

KR S. Scharpf regt eine Einlassregelung mittels Ampel oder Aufruf an, für die Sicherheitspersonal nicht erforderlich sei. Security sei auch entbehrlich, wenn im Innenbereich eine freundliche, kompetente Mitarbeiterin postiert sei. Ihm sei außerdem zu Ohren gekommen, dass Personen wegen weniger Minuten zu frühen Erscheinens unangemessen gemäßregelt und die „guten Nummern“ bei den Altkennzeichen bereits vergeben worden seien.

KR Magenreuter erkundigt sich nach der aktuellen Wartezeit bei der Kfz-Zulassung.

Frau Schädler informiert, diese betrage mittlerweile wieder 1,5 Wochen, nachdem sie zuvor wegen eines ausgefallenen Teams bei 2,5 Wochen gelegen habe. Für eine technisch unterstützte Zutrittsregelung, beispielsweise über das Handy, werde eine spezielle Software benötigt. Im Moment sei der Sicherheitsdienst die schnellste Lösung, da viele Kunden versuchten, auch ohne Termin in das Gebäude zu gelangen und dabei durchaus konflikträchtige Situationen entstünden. Das zusätzliche Personal gewährleiste damit auch die Sicherheit der Kolleginnen im Gebäude. Zum Thema Altkennzeichen erklärt sie, bisher sei noch kein einziges Kennzeichen reserviert oder vergeben worden. Alle sollten dieselbe Chance erhalten.

Der Vorsitzende zeigt sich offen für technische Einlasslösungen ohne Security. Das Problem entstehe dann jedoch nach Gebäudezutritt, da es nach Durchqueren der Schiebetür am Kreishaus I keine Besucherlenkung mehr gebe. Außerdem könnten bei technisch gestütztem Einlass auch weitere unangemeldete Besucher mit in das Gebäude gelangen. Er beauftragt Frau Schädler, sich eine Lösung zu überlegen. Über den Start der Vergabe der Altkennzeichen werde rechtzeitig mit einer Pressemitteilung informiert. Er gibt zu bedenken, dass längst nicht alle Landratsämter und kommunale Einrichtungen in Corona-Zeiten einen Bürgerservice angeboten hätten und bedankt sich ausdrücklich bei Frau Schädler für ihr Engagement. Ebenso dankt er allen Mitarbeitern des Zulassungsteams für ihre Bereitschaft, das für sie ungünstige Schichtmodell mitzutragen, das sie jeden Tag in ein Arbeitsstunden-Minus geführt habe.

KR Bindig berichtet, ein Behinderter, dem das Tragen der Mund-Nasen-Maske erhebliche Schwierigkeiten bereite, habe beim Gesundheitsamt wegen einer Ausnahmegenehmigung nachgefragt, die ihn von der Tragepflicht entbinde. Sie sei jedoch nicht erteilt worden, obwohl die Corona-Verordnung diese ermögliche. Er fragt, ob das Problem bekannt und Sicherheitspersonal entsprechend geschult sei.

Der Vorsitzende antwortet, das Problem sei ihm nicht bekannt und bittet KR Bindig, ihm dazu nochmals eine E-Mail zu schicken. Die Corona-Verordnung ermögliche jedenfalls Ausnahmen und das Ausstellen einer entsprechenden Bescheinigung.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Kreisentwicklung am 14.05.2020:
Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

5. 0074/2020

Oberschwabenklinik gGmbH - Beteiligung an der neu zu gründenden Personal-agentur "PiK (g)GmbH"

Beschlussentwurf:

Der Kreistag weist den Landrat an, in der Gesellschafterversammlung der Oberschwabenklinik gGmbH (OSK)

1. der Beteiligung der OSK an der „Personal im Krankenhaus GmbH (PiK)“ auf Grundlage des beigefügten Gesellschaftsvertrags zuzustimmen.
2. eine Stammkapitaleinlage in die PiK mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 30.000 € zu leisten.
3. die Geschäftsführung der OSK zu ermächtigen, der Gewährung eines Gesellschafterdarlehens in Höhe von 50.000 €, Zinssatz 2%, Laufzeit 5 Jahre, zuzustimmen.
4. die Geschäftsführung der OSK zu ermächtigen, den vorgelegten Gesellschaftsvertrag und die Geschäftsordnung bei Bedarf redaktionell, aber nicht in deren wesentlichen Bestimmungen, anzupassen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Mitteilungsvorlagen

6. 0053/2020

Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke - Berichterstattung zur wirtschaftlichen Situation

Beratungsergebnis: vertagt

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Rudolf Bindig

Liv Pfluger